

Sozialwissenschaftliche Forschung zu Wahlen in Russland und im postsowjetischen Raum (2006-2008)

Meister, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Meister, S. (2009). Sozialwissenschaftliche Forschung zu Wahlen in Russland und im postsowjetischen Raum (2006-2008). *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Osteuropaforschung 2009/1, 9-17. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-206476>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Sozialwissenschaftliche Forschung zu Wahlen in Russland und im postsowjetischen Raum (2006-2008)¹

Stefan Meister

Die postsowjetischen Staaten haben seit dem Zerfall der Sowjetunion mindestens fünf Wahlperioden erlebt und sollten auf dem Weg einer Konsolidierung ihrer politischen Systeme sein. Zwar führten die Farbenrevolutionen zu Regimewechseln, die eine seit Mitte der 1990er Jahre andauernde Demokratisierungswelle in den postkommunistischen Staaten abschließen (Bunce/Wolchik 2006). Gleichzeitig konnten sich jedoch Lukašenka in Belarus sowie das System Putin in Russland behaupten und die russische Führung erfolgreich die Wahlen 2007/08 in ihrem Sinne entscheiden. Wie die russische Führung die politischen Strukturen so verändert hat, dass das gewünschte Ergebnis bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erreicht werden konnte, ist das beherrschende Thema der aktuellen sozialwissenschaftlichen Literatur zu Wahlen im postsowjetischen Raum. Deshalb liegt hier der Schwerpunkt der folgenden Übersicht. Vor allem als Lehre aus den Farbenrevolutionen hat die russische Elite diese Wahlen systematisch vorbereitet und dabei nichts dem Zufall überlassen. Autoren sprechen auch von „überorganisierten Wahlen“ oder „over-managed democracy“ (Vogel 2007, Wilson 2007b). Zentrale Analysebereiche sind die Veränderung der Wahl- und Parteiengesetzgebung, die spezifische Entwicklung von Parteien, die Neutralisierung der Opposition und die Verbesserung der Methoden zur Beeinflussung von Wahlen. Dabei wird nach dem Typ und der Stabilität des politischen Systems gefragt.

Wahlen ohne Demokratie

Eine zentrale Herausforderung für die sozialwissenschaftliche Forschung zu den postsowjetischen Staaten ist die Erklärung von Wahlen ohne Demokratie. Wahlen in autoritären oder semi-autoritären Systemen haben ganz andere Funktionen als in westlichen Demokratien. Es herrscht eine Koexistenz von demokratischen Regeln und autokratischen Methoden: Zwar finden regelmäßig Wahlen statt und erfolgen keine zu offensichtlichen Eingriffe in den Wahlprozess (Levitsky/Way 2002). Jedoch werden diese bereits im Vorfeld durch die Nutzung so genannter administrativer Ressourcen und durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung (Politiktechnologie) manipuliert (Coalsen 2008). Diese Methoden werden insbesondere in Vorbereitung auf die aktuellen russischen Wahlen analysiert. Dazu zählen, dass der Opposition der Medienzugang verwehrt wird, Oppositionskandidaten unter Druck gesetzt und in einigen Fällen auch die Wahlergebnisse beeinflusst werden. Ziel ist es zwar, Macht durch Wahlen zu legitimieren, diese aber nicht durch Wettbewerb zu gefährden (Levitsky/Way 2002).

Für Russland und eine große Mehrheit der postsowjetischen Staaten (ausgenommen sind hier grundsätzlich die Baltischen Staaten, die mit ihrer Integration in die EU einen eigenen Weg gegangen sind) wird festgestellt, dass die institutionellen Veränderungen seit 1991 nicht in erster Linie der strategischen Entwicklung des Landes dienen, sondern dem Ziel des Machterhalts der jeweils herrschenden Elitengruppe (Rjabow 2007, Holmberg 2008). Dies gilt in Russland auch für die Phase unter Boris El'cin, der das gemischte Wahlsystem im Oktober 1993 einführte, um die Duma als oppositionelles Organ gegenüber dem Präsidenten zu schwächen. Zur Wiederwahl El'cins 1996 wurden erstmals in größerem Umfang die Medien manipuliert, oppositioneller Kandidaten kompromittiert und administrative Ressourcen genutzt (Beeinflussung der Registrierung von Parteien, der Stimmenausschüttung, personeller und finanzieller Einsatz bei Wahlkampagnen, Nutzung der Gerichte

¹ Der Betrag ist zuerst erschienen in Wahlen im postsowjetischen Raum, Recherche Spezial 09/2008, Seite 9–17. <http://www.sowiport.de/themen/schwerpunkte/recherche-spezial.html#c1012>

zum Ausschluss von Parteien und Kandidaten). Putin hat mit Einführung der „gelenkten Demokratie“ diese Methoden systematisiert und effizienter eingesetzt (Wilson 2005). Die Stärkung der Machtvertikale verbunden mit einer Reform der Wahl- und Parteiengesetzgebung haben Wahlen besser kontrollierbar und vorhersehbar gemacht. Wichtige Voraussetzungen waren eine Konzentration der Macht beim Präsidenten und eine Reduzierung der Zahl autonomer politischer Akteure (Rjabow 2007). Ebenso gelangt es mit dem Zusammenschluss der vom Kreml gegründeten Partei „Einheitliches Russland“ erstmals in der nachsowjetischen Ära, in Russland eine das Parlament dominierende „Partei der Macht“ zu etablieren.

Wahl- und Parteiengesetzgebung

Wichtiger Schlüssel für berechenbare Wahlen war die Veränderung der Wahl- und Parteiengesetzgebung. In diesem Zusammenhang wird die Reform der formellen Regeln untersucht und in ihrer Auswirkung auf die Wahlen und die Parteien betrachtet (Nußberger/Marenkov 2007, Pleines/Schröder 2007, Pleines/Schröder 2008). Putin hat in seiner Amtszeit im Gegensatz zu seinem Vorgänger mehrfach die Bedeutung von Parteien für das politische System hervorgehoben und gleichzeitig in die Gesetzgebung für Parteien und Wahlen massiv eingegriffen. Der Übergang von einem Mischwahl- zu einem reinen Verhältniswahlsystem und damit der vollständigen Bildung der Duma durch Parteilisten seit 2005 sollte, laut Präsident Putin, der Stärkung des Parteiensystems dienen. Tatsächlich konnte die „Partei der Macht“ bis dahin auf Grundlage von Parteilisten insbesondere in den Regionen keine qualifizierten Mehrheiten erreichen und war immer wieder auf den Beitritt unabhängiger Abgeordneter angewiesen. Somit sollte der Übergang zum proportionalen Wahlrecht den Sieg von „Einheitliches Russland“ sichern.

Durch die Anhebung der Sperrklausel von 5 auf 7%, der Erschwerung der Zulassung neuer Parteien bis hin zu Verboten, konnten unliebsame Parteien oder Kandidaten vom politischen Prozess ausgeschlossen werden (Siegert 2007). Der Erfolg zeigte sich im komfortablen Sieg der Partei „Einheitliches Russland“ bei den Dumawahlen im Dezember 2003 (300 von 450 Sitzen). Neben der Korrektur von Defiziten des Wahlsystems von 2002 wurde so das Parlament in die Machtvertikale integriert (Nußberger/Marenkov 2007). Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die Wahl- und Parteienreformen Putins weder dazu geführt hat, politische Parteien zu stärken, noch sämtliche oppositionelle Parteien von den Wahlen auszuschließen. Die Reformen dienen dazu, das Parteiensystem zu systematisieren, die Zahl der Parteien zu reduzieren und die Entstehung eines kontrollierten Zwei-Parteien-Systems zu fördern. Sie verhindern die Gründung regionaler Parteien und in Verbindung mit der Ernennung der Gouverneure mindern sie den regionalen Einfluss auf die gesamtstaatliche Politik (Kenneth Wilson 2006). Wäre die einzige im Parlament noch vorhandene oppositionelle Partei, die Kommunistische Partei (KPRF), von den Wahlen ausgeschlossen worden, dann hätte dies auch in der russischen Bevölkerung zu Widerstand führen können und wäre die demokratische Fassade vollständig zerstört worden.

Ein weiterer Themenblock befasst sich mit der Abschaffung der Wahl der Gouverneure, die im Zusammenhang mit der Reform des Föderalismus in Russland untersucht wird. Die Moskauer Führung nutzte die Tragödie von Beslan 2004 dazu, die Wahl der Gouverneure abzuschaffen und damit nach dem Parlament auch die regionale Exekutive in die Machtvertikale zu integrieren. Die de facto Ernennung der Gouverneure durch den Präsidenten war auch eine Reaktion darauf, dass mit anderen Mitteln die Regionen nicht unter vollständige Kontrolle zu bringen waren und die regionalen Eliten nicht die gewünschten Wahlergebnisse brachten (Goode 2007). Im Frühjahr 2006 gehörten bereits 68 von 88 Leitern der Subjekte der Partei „Einheitliches Russland“ an. Mit der

Abhängigkeit der Gouverneure vom Präsidenten erhielten diese die Aufgabe, in den Regionen den Sieg bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Sinne des Kremls zu organisieren (Rjabow 2007). Die Manipulation von Wahlen erfolgt besonders stark außerhalb großer Städte und in ländlichen Gebieten (Holmberg 2008). Besonders loyal zeigten sich dabei die Führungen der ethnischen Republiken wie Tatarstan, Baschkortostan oder Inguschetien, die offizielle eine Wahlbeteiligung von bis zu 98% (oder mehr) erzielten (Coalsen 2008).

All diese Schritte dienten letztlich der Vorbereitung auf die Wahlen 2007/08, mit denen Putin einen kontrollierten Mechanismus zum Erhalt und Transfer von politischer Macht geschaffen hat (Rogoza 2008).

Parteien

Für die westliche Forschung stellt sich grundsätzlich die Frage, warum das russische Mehrparteiensystem so schwach entwickelt ist. Dies lässt sich einerseits mit der fehlenden Verankerung von Parteien in der Bevölkerung und andererseits mit deren Manipulation durch die Exekutive erklären. Sowohl in der El'cin'schen Verfassung als auch noch verstärkt unter Putin wurde das Parlament geschwächt, ohne das die Parteien dafür eine Kompensation erhielten. Den Parteien gelang es nicht, sich im Bewusstsein der Bevölkerung als vollwertige politische Akteure zu etablieren, die Exekutive blieb auf der zentralen und regionalen Ebene der entscheidende Akteur. Hinzu kommt, dass Demokratie in der Bevölkerung nicht mit parteipolitischem Wettbewerb oder Gewaltenteilung verbunden wird, sondern vor allem mit Wohlstand und Gleichheit (Buhbe/Makarenko 2007). Grundsätzlich war die Wahl von Parteienlisten in Russland nie populär, da nationale Parteien in den Regionen schwach verankert sind und die Bevölkerung traditionell auf Personen und nicht Parteien fixiert ist. Für die Gouverneure war es gerade in den 1990er Jahren wichtig, sich als überparteilich zu präsentieren, um so unabhängiger von Moskaus radikalem Reformprozess zu erscheinen (Rjabow 2007).

Es wird festgestellt, dass Wahlen in Russland nicht frei und politische Parteien nicht dazu in der Lage sind, als Opposition gegenüber der Machtelite zu agieren. Obwohl Putin bei den Parlamentswahlen 2007 die Wahlliste von „Einheitliches Russland“ angeführt und sich damit erstmals als russischer Präsident zu einer Partei bekannt hat, zeigte er mit seinem Nichtbeitritt Abneigung gegenüber Parteien. Damit war Putin bei den Parlamentswahlen 2007 parteilich ohne eine Parteimitgliedschaft zu haben (Hale 2007). Dass Parteien weiterhin keine echten politischen Akteure sind und keine reale Opposition darstellen, fördert nicht ihre Anerkennung in der Bevölkerung. Sie dienen in erster Linie dazu, Unterstützung zu mobilisieren und das existierende System zu legitimieren. Parteien in Russland sind entweder konstruiert, manipuliert oder befriedet. Echte oppositionelle Gruppierungen wie Jabloko, die KPRF und die Union der Rechten Kräfte werden als befriedete Oppositionsparteien bezeichnet (Holmberg 2008).

Opposition

Als weiteres Element einer funktionsfähigen Demokratie wird die Rolle der Opposition als zentrales Element für Wettbewerbswahlen untersucht. Als Konsequenz daraus, dass es bereits bei den Wahlen 2003 keiner liberalen Partei gelungen war, die noch geltende 5%-Hürde zu überwinden, verhandelten diese die gesamte Legislaturperiode über Zusammenschlüsse oder Koalitionen. Dabei scheiterten sie vor allem an inhaltlichen Differenzen der Führungskräfte und an den neuen

rechtlichen Regelungen, die Zusammenschlüsse erschwerten (Siegert 2007). Liberale Parteien wie Jabloko oder die Union der Rechten Kräfte als auch Außenseiter wie Gari Kasparow oder Michail Kasjanow haben sich nicht an die gegenwärtigen Spielregeln angepasst, wozu sie sich hätten vereinen und ihre Differenzen überwinden müssen. Nur so hätten sie eine gewisse Autorität erhalten und eine Chance gehabt, die 7% Hürde zu überwinden. Mit der Einführung einer zweiten großen Kreml-Partei, „Gerechtes Russland“, wurden Opposition und Wettbewerb vorgetäuscht. Diese erhielt das Image einer Pro-Putin Partei, die aber im Gegensatz zu „Einheitliches Russland“ stand (Wilson 2007b). Um erfolgreich zu sein, hätte die Opposition drei Lektionen aus der Orangen Revolution lernen müssen: Einheit, ein neues Image und kein Geld aus diskreditierten Quellen annehmen (Wilson 2007a).

Ein für die postsowjetischen Staaten besonderes Merkmal offizieller Opposition ist die Möglichkeit, auf dem Stimmzettel „gegen alle“ anzukreuzen. Untersucht werden die bisherige Bedeutung und die möglichen Auswirkungen der Abschaffung dieses Spezifikums in Russland. Bei den vorangegangenen Wahlen drückte insbesondere der junge, städtische und gut ausgebildeten Teil der Bevölkerung damit seinen Protest aus. Gründe dafür waren, die Unzufriedenheit über fehlende Rechtsstaatlichkeit und die fehlende Vertretung durch die vorhandenen politischen Parteien. Die Konsequenz aus der Abschaffung einer weiteren offiziellen Protestmöglichkeit könnte ein Rückgang der Wahlbeteiligung sein und die Zunahme von Protest in Form sozialer Bewegungen außerhalb des Parlaments. (McAllister/White 2008).

Mobilisierung

Ein Autorenkreis fragt nach der Mobilisierung der Wähler im Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik und zeigt, wie die „Politiktechnologien“ des Kremls im Vorfeld der Wahlen Feindbilder aufbauen, um diese für innenpolitische Herausforderungen, z.B. das Gewinnen von Wahlen zu nutzen (Preißler 2007). War es bei den Wahlen 1999/00 mit dem Krieg in Tschetschenien noch ein innerer Feind, der die Wähler mobilisieren sollte, so stand jetzt die Konfrontation mit dem Westen im Vordergrund. Die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zum Westen in den letzten Jahren wird nicht in erster Linie mit dem „Willen zur Weltmacht“ begründet, sondern mit dem Ziel des Machterhalts bei den heimischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Die russische Führung wollte nichts dem Zufall überlassen und bezichtigte das westliche Ausland, auf Prozesse in Russland Einfluss nehmen zu wollen. Das bedeutet nicht, dass keine Konflikte existieren, jedoch werden diese instrumentalisiert und wäre Russland ohne anstehende Wahlen weniger aggressiv damit umgegangen. Dieses Mittel der Mobilisierung diene auch der Abwehr einer möglichen „bunten Revolution“, indem potentielle oppositionelle Kandidaten und Parteien sowie NGOs als vom Ausland finanziert bezeichnet wurden (Stykov 2007, Saari 2007). Die Beziehungen zum Westen wieder zu verbessern, ist eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Präsidenten Medvedev.

Der Wechsel von Putin auf Medvedev

Ein überwiegender Teil der aktuellen Literatur beschäftigt sich mit der Durchführung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und dem für die politische Elite erfolgreichen Machtwechsel von Putin auf Medvedev. Bereits die Parlamentswahlen Ende 2007 dienten der Vorbereitung der Präsidentschaftswahl. Während „Einheitliches Russland“ seinen Stimmenanteil mit 56% im Gegensatz zu 2003 fast verdoppeln konnte, kamen traditionell liberale Parteien wie Jabloko und die

Union der Rechten Kräfte nicht über 2%. Der Kreml hat es geschafft, die Parlamentswahlen in ein Plebiszit für Putin zu verwandeln, dem mit Abstand populärsten Politiker des Landes (Holberg 2008, Saari 2007, Stykow 2007). Dies untermauert das Argument, dass die Wahl vor allem zur Legitimierung des Systems Putin diene, und damit die ausstehende Entscheidung für seine Nachfolge im Präsidentenamt bereits vorweg bestätigt werden sollte. Der aggressiv geführte Angriffswahlkampf gegen die „Feinde Russlands“ diene der maximalen Mobilisierung des Elektorats, für eine maximale Bestätigung von „Einiges Russland“ und des Systems insgesamt (Stykov 2007).

Der Akt der Übergabe des Präsidenschaftsposten erfolgte in drei Schritten: Der Präsident und seine Umgebung wählten einen vertrauenswürdigen Nachfolger aus, dieser musste dann von der Elite akzeptiert werden (Elitenkonsens) und als Letztes Legitimation durch die direkt Wahl erhalten (Schröder 2008a). Nachdem „Einiges Russland“ am 2. Dezember eine Zweidrittelmehrheit erhalten hatte, wurde Dmitrij Medvedev am 17.12. von dieser Partei zum Präsidenschaftskandidaten gekürt. Der eigentliche Auswahlprozess vollzog sich in einem geschlossenen Kreis innerhalb der Führung, weder transparent noch demokratisch (Schröder 2008b, Saari 2007). Medvedev gewann die Wahl mit mehr als 70%, indem Putin ihn als seinen Nachfolger auserkoren hatte. Die anderen Kandidaten sollten mit ihrer Teilnahme den Anschein von Pluralismus wecken.

Beide Wahlen werden als formal demokratisch bezeichnet (allgemeine und geheime Wahl, mit mehreren Kandidaten), jedoch ohne das wirkliche Alternativen zum vorher von der Elite ausgewählten Kandidaten bestanden (Rogoza 2008). Gleichzeitig wird der Wahlkampf als einer der schmutzigsten seit dem Ende der Sowjetunion bezeichnet und dies als Reaktion auf die Orangene Revolution gewertet. Viele Methoden wurden bei den belarussischen Präsidenschaftswahlen im März 2006 das erste Mal getestet: Diffamierung und Verhaftung von Oppositionellen sowie die Besetzung der Straße durch die vom Kreml gegründete Jugendorganisation „Naši“ (Wilson 2007b). Ebenso veränderte die russische Wahlkommission die Bedingungen für internationale Wahlbeobachter so, dass die OSZE sich zurückziehen musste. Russische Behörden stellten zu spät und zu wenige Visa (70 von 450) aus, um eine aussagekräftige Beobachtung durchführen zu können (Siegert 2007).

Bewertung von Wahlen und Demokratie

Die Hoffnung auf eine Demokratisierung Russlands wird für einen großen Teil der Autoren mit Putins „managed democracy“ begraben. Durch die Manipulation von Wahlen wurden diese zum falschen Instrument zur Messung von Demokratie und waren nicht dazu in der Lage, die Demokratisierung Russlands zu fördern. Russland fehlte es an formellen und informellen Strukturen und Verhaltensmuster zur Sicherung von Demokratie zum Zeitpunkt der Entstehung freier Wahlen. Wiederholte Konkurrenzahlen (competitive elections) führten nicht gleichzeitig zu demokratischen Regieren oder schafften Demokratie. Die politische Kultur führte eben nicht zu Koalitionen zwischen Wählern und Politikern sondern zu konjunkturellen Allianzen und Organisationen. Fehlende Gewaltenteilung und eine schwache Opposition nutzte der Präsident zur Stärkung seiner Position (Smyth 2006). Das Machtgleichgewicht zwischen Akteuren in Staat, Wirtschaft und Verwaltung wird durch Putin als den Garanten der akkumulierten Besitzstände gehalten. Somit ist der Erhalt des Status quo das Ziel der heutigen Nomenklatura. Das Verwirrspiel mit den Institutionen der Verfassung und das Fehlen formeller Regeln für den Machtwechsel zeigen, dass Russlands politisches System sich weiterhin in der Übergangsphase befindet (Vogel 2007). Neben der Moderation der Elitenkonflikte hat Putin die Aufgabe, Akzeptanz für das Regime in der Gesellschaft zu schaffen (Schröder 2007b). Die eigentliche Gefahr für die innenpolitische Stabilität Russlands

geht weniger von einer unzufriedenen Bevölkerung oder systemischen Opposition aus, sondern von der Spaltung innerhalb der herrschenden Elite (Stykov 2007).

Während die Ukraine seit dem Sieg der „Orangenen Revolution“ erstmals wieder Wettbewerb zugelassen hat, gilt dies nicht für Russland, Belarus oder Kasachstan. Vier Schlüsselemente müssen für die erfolgreiche Manipulation von Wahlen in einer virtuellen Demokratie gegeben sein: Das Machtmonopol der Elite, passive Wähler, Informationskontrolle und die Unterbindung des Einflusses von außen. Das Beispiel der Ukraine zeigt, dass diese unter bestimmten Voraussetzungen nicht unbedingt von Dauer sein müssen (Wilson 2005).

Der postsowjetische Raum

In den anderen postsowjetischen Staaten dominiert die Literatur zur Ukraine und die Frage, wie es mit den Staaten der „Farbenrevolutionen“ in Bezug auf Wahlen und Demokratisierung weitergeht. Auch wenn die ukrainischen Wähler aufgrund instabilerer Mehrheiten im Parlament seit der „Orangenen Revolution“ mehrfach zu den Urnen gerufen wurden, erfolgte dies in einem System das weitgehend freie und faire Wahlen zulässt (Durkot 2007). Einerseits sehen Autoren die Chance, dass eine Demokratisierung der Ukraine als zweitgrößtes postsowjetisches Land auch positive Auswirkungen auf Russland und die anderen postsowjetischen Staaten haben könnte (Kempe 2007). Andererseits wird von anderer Seite hervorgehoben, dass kein wirklicher Elitenwechsel sondern ein Generationswechsel stattgefunden hat, was einen Systemwechsel verhindern könnte (Mark 2006). Noch immer spielt in der Ukraine die Personalisierung von Macht eine entscheidende Rolle, der Staatsapparat ist weiterhin Element des Kampfes zwischen Eliten (Zimmer 2008).

Das autoritäre System Lukašenka hat mit der Manipulation der Präsidentschaftswahlen 2006 und dem brutalen Vorgehen gegen die Opposition und friedliche Demonstranten einmal mehr den unbedingten Willen zum Machterhalt unter Beweis gestellt (Lindner 2006, Rothacher 2007). Ebenso zeigen sich in den zentralasiatischen Staaten ähnliche Muster von Wahlbeeinflussung, jedoch sind die Methoden nicht so verfeinert worden wie in Russland. Dabei sind diese Staaten stärker isoliert und ein Pluralismus innerhalb der Elite weniger ausgeprägt. Für praktisch alle postsowjetischen Staaten wird eine enge Verflechtung von Wirtschaft und Staat festgestellt, die zu Intransparenz und Korruption führen. Klientelismus und politische Seilschaften existieren sowohl in Russland als auch der Ukraine (Samoletova 2007, Gilka-Bötzows/Kropp 2006). Informelle Regeln prägen diese politischen Systeme, die formal Wahlen durchführen, aber das Volk nur in wenigen Fällen tatsächlich entscheiden lassen. Somit sind sie von einer Konsolidierung ihrer Wahlsysteme noch weit entfernt.

Literatur

- Buhbe, Matthes / Gorzka, Gabriele (Hg.) (2007): *Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Ders. / Makarenko, Boris I. (2007): *Das Mehrparteiensystem im neuen Russland*, in: Matthes Buhbe / Gabriele Gorzka (Hg.): *Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 273-291.
- Bunce, Valerie J. / Wolchik, Sharon L. (2006): *International diffusion and postcommunist electoral revolutions*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Vol. 39, Nr. 3, S. 283-304.

-
- Coalson, Robert (2007): Five myths about Russia's elections, Zürich: International Relations and Security Network, http://www.isn.ethz.ch/news/sw/details_print.cfm?id=18418, 16.08.2008.
- Ders. (2008): How the Kremlin manages to win, Zürich: International Relations and Security Network, 2008, http://www.isn.ethz.ch/news/sw/details_print.cfm?id=18739, 16.08.2008.
- Durkot, Juri (2007): Neue Chance für Orange? Erneuter Machtwechsel nach vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine, in: KAS-Auslands-Informationen, Nr. 10, S. 28-47, http://www.kas.de/db_files/doku-mente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_12352_1.pdf, 18.08.2008.
- Gilka-Bötzow, Agnes / Kropp, Sabine (2006): Institutionenentwicklung in Russland und der Ukraine: Vertikale Machtverteilung als Triebfeder, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37, Nr. 4, S. 778-794.
- Goode, Paul J. (2007): The Puzzle of Putin's Gubernatorial Appointments, in: Europe-Asia Studies, Vol. 59, Nr. 3, S. 365-399.
- Hale, Henry E. (2007): The upcoming 2007 Duma elections and Russia's party system, Russian Analytical Digest, Nr. 31, S. 2-4, <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=6623DFCF-F31F-8103-FA64-E9AA0F021769&lng=en>, 16.08.2008.
- Holmberg, Carl (2008): Managing Elections in Russia. Mechanisms and Problems. FOI Report, Stockholm, FOI, <http://www2.foi.se/rapp/foir2474.pdf>, 4.08.2008.
- Kempe, Iris (2007): Certainty in Ukraine's uncertainty: the impact of the 2007 parliamentary elections, (CAP Policy Analysis, No. 7), München, <http://www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Policy-Analysis-2007-07.pdf>, 18.08.2008.
- Levitsky, Steven / Way, Lucan A. (2002): The Rise of Competitive Authoritarianism, Journal of Democracy, Vol. 13, Nr. 2, S. 51-65.
- Lindner, Rainer (2006): "Präsidentchaftswahl" in Belarus: autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft, internationale Isolation, SWP-Studie, S 6, Berlin, http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1638, 18.08.2008.
- Mark, Rudolf A. (2006): Kehrt! Auf halbem Weg?: die Ukraine nach der orangenen Revolution, in: Aktuelle Ostinformationen: Ereignisse und Entwicklungen, Jg. 38, Nr. 3/4, S. 13-21, URL: http://www.gesw.de/ao/ao_34_2006.pdf, 18.08.2008.
- McAllister, Ian / White, Stephen (2008): Voting "against all" in postcommunist Russia, in: Europe-Asia Studies, Vol. 60, Nr. 1, S. 67-87.
- Nußberger, Angelika / Marenkov, Dmitry: Wahlgesetz als Steuerungsmechanismus: Zu den neuen rechtlichen Grundlagen der Duma-Wahlen im Dezember, Russland-Analysen (Bremen), Nr. 146, S. 2-5, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen146.pdf>, 16.08.2008.
- Petrov, Nikolaj (2007): The consequences of the State Duma elections for Russia's electoral system, Russian Analytical Digest (Bremen), Nr. 32, S. 5-8, <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=CFD3A48C-5AFA-25C5-BC86-B51B811B662A&lng=en>, 16.08.2008.
- Pleines, Heiko / Schröder, Hans-Henning (Hg.) (2007): Die russischen Wahlen 2007/2008: Teil 1: Parlamentswahlen 2007, (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, Nr. 90), Bremen, 2007, <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP90.pdf>, 16.08.2008.

- Dies. (Hg.) (2008): Die russischen Wahlen 2007/2008: Teil 2: Präsidentenwahl 2008, (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, No. 94), <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP94.pdf>, 16.08.2008.
- Preißler, Franz (2007): Großmachtpolitik oder Wahlagitation?: Russlands Außenpolitik in den Jahren 2007/2008, Potsdam : Univ.-Verl.
- Rjabow, Andrei W. (2007): Gelenkte Wahlen 2007 - 2008: Gesetzgebungsreform und Veränderungen innerhalb der Regierung, in: Matthes Buhbe / Gabriele Gorzka (Hg.): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden: VS Verlag, S. 255 - 272.
- Rogoza, Jadwiga (2008): The presidential election in Russia, and its consequences for Russia and the world, Warsaw: Centre for Eastern Studies, (CES Commentary; No. 1), <http://osw.waw.pl/en/epub/ecomment/2008/080303/Commentary1.htm>, 16.08.2008.
- Rothacher, Albrecht (2007): Europas letzter Diktator: wird Lukaschenko das Jahr 2008 überleben?, in: Europäische Rundschau : Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 35/2007, Nr. 4, S. 87-99.
- Saari, Sinikukka (2007): A collapsing façade? The Russian Duma election in perspective, Helsinki: UPI Briefing Paper, Nr. 14, http://www.upi-fii.fi/document.php?DOC_ID=235, 16.08.2008.
- Samoletova, Alla M. (2007): Different paths of party system consolidation: Which factors matter for political justice?, in: Sabine Fischer / Heiko Pleines / Hans-Henning Schröder (Hg.): Movements, migrants, marginalisation: Challenges of societal and political participation in Eastern Europe and the enlarged EU, Stuttgart: Ibidem.
- Schröder, Hans-Henning (2007): Sufficient Legitimation for a "Shadow President"? Russian Analytical Digest, Nr. 32, S. 2-5, <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=CFD3A48C-5AFA-25C5-BC86-B51B811B662A&lng=en>, 16.08.2008.
- Ders. (2007b), Von Putin zu Putin. Inszenierung eines Präsidentenwechsels, SWP-aktuell, Nr. 54, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4422, 16.08.2008.
- Ders. (2008a): Chance für einen neuen Anfang?, Russland-Analysen, Nr. 160, S. 2-3, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen160.pdf>, 16.08.2008.
- Ders. (2008b): Die Neuordnung der politischen Führung in Russland, in: SWP-Aktuell, Nr. 42, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4994, 16.08.2008.
- Siegert, Jens (2007): Der Dumawahlkampf 2007, Russland-Analysen (Bremen), Nr.150, S. 2-17, <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen150.pdf>, 16.08.2008.
- Smith, Mark A. (2008): The Russian presidential succession, Shrivenham: CSRC (Russian Series, 08/01), <http://www.da.mod.uk/colleges/csrc/document-listings/russian/08%2801%29MAS.pdf>, 16.08.2008.
- Smyth, Regina (2006), Candidate strategies and electoral competition in the Russian Federation. Democracy without foundation, Cambridge[u.a.]: Cambridge University Press.
- Stykwow, Petra: Russland wählt: Die Bedeutung der Dumawahlen am 2. Dezember, in: Russland-Analysen (Bremen), Nr. 151, S. 2-5, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen151.pdf>, 30.11.2007.
- Vogel, Heinrich (2007): Machtwechsel als Hütchenspiel, Russlandanalysen, Nr. 154, S. 2-5.

Wilson, Andrew (2005), *Virtual Politics: Faking Democracy in the Post-Soviet World*, New Haven, Conn. [u.a.]: Yale University Press.

Ders. (2007a): Hat Russland noch eine Opposition?, in: *Russland-Analysen* (Bremen), Nr. 145, S. 2-9, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen145.pdf>, 16.08.2008.

Ders. (2007b), *Russia's over-managed democracy*, ECFR, http://www.ecfr.eu/content/entry/commentary_wilson_on_russia_election_results, 16.08.2008.

Wilson, Kenneth (2006): Party-system development under Putin, in: *Post-Soviet affairs*, Vol. 22, Nr. 4, S. 314 – 348.

Zimmer, Kerstin (2008): Formal institutions and informal politics in Ukraine, in: Gerd Meyer (Hg.): *Formal institutions and informal politics in Central and Eastern Europe: Hungary, Poland, Russia and Ukraine*, Opladen: Budrich.

Zur Person

Dr. Stefan Meister, Studium der Politikwissenschaft und Osteuropäischen Geschichte an den Universitäten Jena, Leipzig und Nizhnij Novgorod; Promotion in Politikwissenschaft zum Thema „Die Transformation des russländischen Hochschulwesens“; seit Anfang 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum Russland/Eurasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Forschungsschwerpunkte: Russische Innen- und Außenpolitik, Föderalismus in Russland, Wahlen/ Wahlbeobachtung im postsowjetischen Raum, Polnische Ostpolitik.

Kontakt

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Zentrum Russland/Eurasien, Rauchstraße 17/18, 10787 Berlin; meister@dgap.org.